



MAX WEBER-GESAMTAUSGABE

# „Für die Freiheit der Wissenschaft“

MAX WEBER ALS HOCHSCHULPOLITIKER UND WISSENSCHAFTSORGANISATOR.

VON HEIDE-MARIE  
LAUTERER

**D**ie in dem 13. Band der Max Weber-Gesamtausgabe (MWG) *Hochschulwesen und Wissenschaftspolitik* zusammengetragenen Diskussionsbeiträge, Leserbriefe, Rezensionen, akademischen Gutachten, Fakultätsprotokolle, Satzungsentwürfe, der Vorbericht über die Presseenquete, sowie Zeitungsberichte über Reden Max Webers auf Tagungen verschiedener Vereinigungen, fallen in eine Zeitspanne, die Max Webers Lehrtätigkeit in seinem Freiburger bis zu seinem Münchner Ordinariat 1919/1920 umfasst. Am Beginn stehen Texte aus Max Webers Lehrtätigkeit in Freiburg und am Ende die Zeugnisse seiner Münchener Lehrtätigkeit. Es sind vor allem Texte, die zu verschiedenen akademischen und wissenschaftlichen Anlässen geschrieben wurden.

**Max Weber**  
(1864–1920), seit 1919  
o. Mitglied der  
Bayerischen Akademie  
der Wissenschaften.  
Foto um 1917/18.

Trotz der Vielfalt der Textsorten sind die Texte von höchstem Interesse. An ihnen lässt sich im Spiegel des akademischen Alltags Webers Grenzen überschreitendes Denken von der Nationalökonomie, die er 1903 mit dem Rücktritt vom Heidelberger Lehrstuhl vermeintlich endgültig aufgab, zu den Sozialwissenschaften, die er in München zu lehren hoffte, nachvollziehen. Sie geben Aufschluss über seine leidenschaftlichen, lebenslangen Bemühungen, diese Wissenschaft in der deutschen akademischen Landschaft zu entwickeln und zu fördern und neue



BADW

Möglichkeiten der Organisation und Finanzierung wissenschaftlicher Arbeit zu suchen. Auch an diesem Band bildet die textkritische Prüfung sowie die sachliche Aufschlüsselung der Texte durch Sachkommentare den Kern der wissenschaftlichen Arbeit. Die vielfältigen Probleme und Sachverhalte sollen im folgenden an bestimmten inhaltlichen und organisatorischen Schnittpunkten skizziert werden.

## Im Verein für Socialpolitik

Max Webers wissenschaftliches Interesse hatte sich seit seinem Ruf an die Universität Freiburg von der Jurisprudenz auf die Nationalökonomie dann immer stärker zur Soziologie hin verlagert, eine Entwicklung, die er auch auf seinem Heidelberger Lehrstuhl für Nationalökonomie als Nachfolger von Karl Knies fortsetzte. In der



Untersuchung über die Landarbeiterfrage in den preußischen Ostprovinzen, mit welcher der 28-jährige Privatdozent von dem renommierten Verein für Socialpolitik 1892 beauftragt worden war, war diese Ausrichtung deutlich geworden.

Webers rege Teilnahme an der Vereinsarbeit ergibt sich aus zahlreichen Protokollnotizen. 1893 wurde Weber in den Ausschuss des 1872/73 gegründeten Vereins kooptiert. Das früheste direkte Zeugnis über Webers aktive Mitgliedschaft, d. h. über seine Beteiligung als Diskussionsredner, enthält der Bericht über die Sitzung des Ausschusses des Vereins für Socialpolitik am 3. Januar 1899. In diesem Gremium bestimmte er die Politik der überaus regen Publikationstätigkeit mit – bis 1907 waren bereits 120 Bände *Schriften des Vereines für Socialpolitik* erschienen.

Die Mitglieder waren namhafte Lehrstuhlinhaber und Sozialpolitiker, die sich zum Ziel gesetzt hatten, die Regierungen in sozialpolitischen Fragen zu beraten und die öffentliche Meinung für überfällige Sozialreformen der Industriegesellschaft zu sensibilisieren. Weber gehörte mit seinem Bruder Alfred Weber, Gerhart von Schulze-Gävernitz, Werner Sombart, Ferdinand Tönnies und Robert Wilbrandt und anderen zur jüngeren Generation, die die wissenschaftliche Seite des Vereins, seine Funktion als Forschungsinstitut, stärken wollte. Er setzte sich für ein theoretisches Thema auf der Tagesordnung einer Generalversammlung ein und plädierte dafür, einen ganzen Tag für die Diskussion von wissenschaftlich-nationalökonomischen Fragen zu reservieren. Schließlich erweiterte er diesen Vorschlag und regte eine eigene Organisation für wissenschaftliche Erörterungen an.

### Deutsche Gesellschaft für Soziologie

Am 3. Januar 1909 wurde die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) gegründet. Weber, der für die neue Gesellschaft Werbungsschreiben verfasst und Beitrittsaufrufe verschickt hatte, wurde auf der Gründungsversammlung der DGS am 3. Januar 1909 in Berlin in Abwesenheit in den Ausschuss der DGS und wenig später brieflich zum Sprecher gewählt. Dieses Amt nahm Weber, der sich im Oktober 1903 von den Verpflichtungen seines Heidelberger Lehrstuhles hatte entbinden lassen, wegen seiner „unsicheren Gesundheit“ nur zögernd an. Deshalb behielt er sich vor zurückzutreten, „sobald die Arbeiten der Gesellschaft vorläufig in die Wege geleitet sind“.

Weber prägte die inhaltliche und die organisatorische Ausrichtung der Gesellschaft in der Phase ihrer Gründung entscheidend. Dass die Mitgliederzahl 1912 auf 334 angewachsen war, lag nicht zuletzt an Webers persönlichem Werbeengagement. Auf seine Initiative hin wurden 1910 erstmalig auch zwei Frauen in den Ausschuss kooptiert: Helene Simon und Elisabeth Gnauck-Kühne, die sich beide durch einschlägige soziologische Arbeiten hervorgetan hatten.

In der DGS sollte nach Webers Ansicht ernsthaft diskutiert und nicht wie im Verein für Socialpolitik wissenschaftliche Aussagen mit sozialpolitischen Zielsetzungen vermischt werden. Am liebsten hätte er aus der Gesellschaft ein Expertengremium zur Diskussion wissenschaftlicher Themen gemacht. Deshalb versuchte er, mit seinen Vorschlägen zur Referentenauswahl und Satzungsänderung tief in die Debatte einzugreifen. Es gelang ihm, § 1 des Statuts nach seinen Vorstellungen umzuformulieren. Der Zweck der Gesellschaft sollte

„die Förderung der soziologischen Erkenntnis durch Veranstaltung rein wissenschaftlicher Untersuchungen und Erhebungen, durch Veröffentlichungen und Unterstützung rein wissenschaftlicher Arbeiten und durch Organisationen von periodisch stattfindenden deutschen Soziologentagen“ sein. „Sie gibt“, so hieß es weiter, „allen wissenschaftlichen Richtungen und Methoden der Soziologie gleichmäßig Raum und lehnt die Vertretung irgendwelcher praktischen (ethischen, religiösen, politischen, ästhetischen usw.) Ziele ab.“

Heute ist sein Postulat der Werturteilsfreiheit zum Allgemeingut akademischer Forschung geworden und gehört zum Pensum eines jeden geisteswissenschaftlichen Proseminars. Doch als Weber dieses Postulat in der Satzung der DGS verankert wissen wollte, führte dies auf dem ersten Deutschen Soziologentag in Frankfurt 1910 zu heftiger Kritik von Seiten seiner Kollegen und sorgte noch bis zum Jahre 1914 für Zündstoff.

Weber musste schon bald erkennen, dass er mit seinem Engagement gescheitert war. Deshalb kündigte er im Oktober 1910 an, dass er sein Sprecheramt zum 1. Januar 1911 niederlegen werde. Als „Rechner“, d. h. Schatzmeister, blieb er jedoch weiterhin mit der Geschäftsführung verbunden und versuchte als Mitglied des Leitungsgremiums organisatorisch und inhaltlich auf die Gesellschaft Einfluss zu nehmen. Unter Webers Beteiligung – er verfasste den ersten Entwurf des Statuts – wurde am 17. Juni 1911 die Deutsche Gesellschaft für Statistik als Abteilung der DGS in Dresden gegründet. Auf dem Zweiten Deutschen Soziologentag 1912 legte Weber auch sein Amt als Rechner nieder. 1914 trat er – auch als zahlendes Mitglied – aus der Gesellschaft aus.

## Die Presseenquete – „Kollektivarbeit von Gehirnen“

Weber selbst wollte zwei Forschungsprojekte durchführen. Sowohl die geplante Untersuchung über das Vereinswesen als auch die Presseenquete waren Pionierarbeiten mit erstaunlich moderner Themenstellung. Während er die Untersuchung über das Vereinswesen nur thematisch anregen konnte, hatte er mit der „Presseenquete“, eine historisch-sozialwissenschaftliche Untersuchung des Pressewesens, sorgfältig ausgearbeitet. Er begründete damit nichts anderes als die Erforschung des Phänomens der öffentlichen Meinung.

Mit dem „Vorbericht“ schuf Weber 1910 die Grundlage zur Erforschung der öffentlichen Meinung.

Als Manuskript gedruckt.

### Vorbericht

über eine vorgeschlagene Erhebung über die Soziologie des Zeitungswesens.

Der nächststehende Plan soll in ganz provisorischer und in allen Einzelheiten nicht verbindlicher Weise die voranschreitende Erhebung über das Zeitungswesen skizzieren. In der Art der Disposition kann er naturgemäß für die zu bildende Kommission in keiner Weise bindend sein wollen, welcher vielmehr die Art der Arbeitsgliederung durchaus zu überlassen ist. Er versucht nur, möglichst viele Punkte aufzuzeigen, die jedenfalls in irgend einer Weise durch die Erhebung aufgeklärt werden müssen.

Eine Erhebung über das Zeitungswesen muss in letzter Linie angelehnt sein auf die grossen Kulturprobleme der Gegenwart:

I. Die Art der Bildung jenes Apparats von psychischen Suggestionen, durch welche die moderne Gesellschaft kontinuierlich den einzelnen sich einfügen und anpassen trachtet; die Presse als eins der Mittel zur Prüfung der subjektiven Eigenart des modernen Menschen;

II. die durch die öffentliche Meinung deren wichtigste Determinante heute die Zeitung ist, geschaffener Bedingungen für die Entzerrung, Erhaltung, Untergrabung, Umbildung von künstlerischen, wissenschaftlichen, ethischen, religiösen, politischen, sozialen, ökonomischen Kulturbestandteilen; die Presse als Komponente der objektiven Eigenart der modernen Kultur.

Diese letzten Ziele der Untersuchung können indessen nicht als deren erstes Objekt an den Anfang gestellt werden. Auszugehen ist vielmehr von der Tatsache, dass die Art des Funktionierens aller Kulturarbeit der Presse heute an die Existenzbedingungen privater Unternehmungen gebunden ist und sehr muss; es ist u. a. W., zunächst und vor allem an dem das Zeitungsgeschäft in der Art seiner notwendig gegebenen Existenzbedingungen und in den Rückwirkungen dieser auf die Gestaltung und die Chancen der untereinander sehr verschiedenen modernen Zeitungstypen, deren Konkurrenz wir beobachten, zu untersuchen. Dabei ist daran festzuhalten: dass die Zeitungsgeschäfte selbst im allgemeinen natürlich nicht geneigt sein können, eine Untersuchung ihrer individuellen Verhältnisse in dieser Hinsicht zu gestatten, oder genaue zahlenmässige Auskünfte über die Zusammensetzung ihrer Kosten und Einnahmen zu geben. (Gewisse Relativzahlen wurden mir übrigens als seitens mindestens eines Grossunternehmens eventuell zur Verfügung stehend bezeichnet und werden ohne alle Gefahr für die Zeitungen auch sonst gegeben werden können, sofern die nötigen Garantien für Diskretion in der Verwendung geboten werden. Im übrigen muss man, neben der Analyse von Bilanzen der Zeitungsaktiengesellschaften, vor allem die Mitarbeit von im Zeitungsgeschäft erfahrenen Personen heranziehen.) Nicht unbedingt exakte, sondern nur runde Zahlen sind zu erhoffen, genügen aber auch wenn die wichtigsten die Relativwerte dieser Zahlen untereinander und ihr Verhältnis zu entsprechenden erklärenden Zahlen, feststellbar und vergleichbar bleiben.

In seinem „Vorbericht“ breitete er seine kultursoziologischen Vorstellungen am Beispiel der Presse aus und gab einen Einblick über die Methodik sozialwissenschaftlicher Untersuchungen. Das Projekt sollte von einer interdisziplinären Forschergruppe, zusammengesetzt aus Wissenschaftlern, Journalisten und anderen Praktikern, bearbeitet werden, der Weber konkrete, ökonomische und institutionelle „Fragestellungen“ an die Hand gab, unter deren Diskussion und Leitung das „Phänomen Presse“ auf internationaler Ebene untersucht werden sollte. Dieses vielschichtige Phänomen forderte seiner Ansicht nach geradezu die Teamarbeit, die „Kollektivarbeit von Gehirnen“, heraus.

Dieses weitgespannte Forschungsprogramm hätte, wenn es zustande gekommen wäre, den Beginn einer systematischen Erforschung des Pressewesens und damit auch die Begründung einer neuen Teildisziplin der Soziologie bilden können. Doch bewogen Prozesse gegen Redakteure der Dresdner Neuesten Nachrichten sowie gegen den Zeitungswissenschaftler Adolf Koch Weber dazu, sein Engagement für die Presseenquete aufzugeben. Ohne die breite Unterstützung von „Praktikern“, die nach diesen Prozessen immer unwahrscheinlicher wurde, sah sich Weber nicht in der Lage, sein ambitioniertes Projekt durchführen zu können.

## Drittmittel aus der Industrie – Der Fall Ehrenberg

Da die Presseenquete als großangelegte, arbeitsteilig ausgerichtete Untersuchung mit zahlreichen Mitarbeitern aus akademischen und nichtakademischen Kreisen geplant war, erforderte sie beträchtliche finanzielle Mittel zu ihrer Durchführung. Deshalb hatte Weber mit dem „Vorbericht“ auch ein Modell künftiger Projektanträge zur Einwerbung von Drittmitteln

entworfen. Für die Presseenquete kalkulierte er mit einer Summe von 25.000 Mark. Er schickte seinen Projektantrag an die Heidelberger Akademie der Wissenschaften, die ihm schließlich 1.000 Mark in Aussicht stellte. Vor allem aber zählte er auf die Spendenbereitschaft der Ordinarien. Weber baute auf die Herausbildung eines wissenschaftlichen Mäzenatentums nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika. Selbstverständlich sollte den Sponsoren keinerlei Einfluss auf die von ihnen geförderten Forschungsleistungen zustehen. Doch winkte die Ehre, in die Reihe der „Stifter“ der Gesellschaft aufgenommen zu werden. Er selbst stellte sein von Paul Siebeck in Aussicht gestelltes beträchtliches Honorar für seine Herausgeber Tätigkeit an dem monumentalen Handbuch *Grundriß der Sozialökonomik* zur Verfügung. Wie seine Stellungnahmen bei Drittmittelprojekten anderer Kollegen zeigten, achtete er sehr darauf, woher die Fördergelder kamen. Auf keinen Fall sollten die Sponsoren die Freiheit der Wissenschaft beeinflussen oder beschränken können. Genau diese Gefahr sah Weber im „Fall Ehrenberg“. In einer Reihe von Leserbriefen und Zeitungsartikeln bekämpfte Weber 1909 schonungslos den Versuch des Verbandes Deutscher Industrieller, in Leipzig eine Honorarprofessur durchzusetzen. Der Verband hatte dem sächsischen Kultusministerium 30.000 Mark geboten, wenn Richard Ehrenberg eine Professur für exakte Wirtschaftskunde an der Universität Leipzig erhielt. Ehrenberg wollte sein „Institut für exakte Wirtschaftsforschung“ durch Drittmittel aus der Industrie finanzieren und an der Universität Leipzig ansiedeln. Der wissenschaftlichen Qualifikation Ehrenbergs sprach Weber öffentlich jede Berechtigung ab.



Frankfurter Zeitung und Handelsblatt.

(Frankfurter Handelszeitung.)

Begründet von Leopold Sonnemann.

(Neue Frankfurter Zeitung.)

Preis der Anzeigen... Druckerei...

Der Herrnhard.

Das akademische Zeilen führt man uns... Die hiesigen Hochschullehrer über den verfallenen...

den. Aber ich kann mich doch nicht... Die hiesigen Hochschullehrer über den verfallenen...

lang, der Eisenbahnstrecke... Die hiesigen Hochschullehrer über den verfallenen...

Man kann nicht nur den... Die hiesigen Hochschullehrer über den verfallenen...

Morgen-Ausgabe. Saale-Beitung.

Nr. 553. Halle a. S., Mittwoch, den 25. November 1908.

Die Lehrfreiheit der Universitäten.

Von Professor Max Weber (Heidelberg).

Lehrfreiheit... Die Lehrfreiheit der Universitäten... Die Lehrfreiheit der Universitäten...

Lehrfreiheit... Die Lehrfreiheit der Universitäten... Die Lehrfreiheit der Universitäten...

Canablanca.

Canablanca... Die Lehrfreiheit der Universitäten... Die Lehrfreiheit der Universitäten...

Canablanca... Die Lehrfreiheit der Universitäten... Die Lehrfreiheit der Universitäten...

Für die Freiheit von Forschung und Lehre

Für sein Anliegen, die Freiheit von Forschung und Lehre, setzte sich Weber auch im Rahmen des Deutschen Hochschullehrertages ein. Weber hatte im Gegensatz zu seinem Bruder Alfred weder das Einladungsschreiben unterzeichnet, noch an der Gründung dieser Vereinigung in Salzburg im September 1907, der Vorgängerin des heutigen Hochschullehrerverbandes, teilgenommen. Dennoch hatte er schon im Vorfeld der zweiten Tagung im Jahre 1908 kräftig hinter den Kulissen mitgewirkt. Die Interessen dieser Vereinigung, die als „Professoren-gewerkschaft“ der habilitierten Lehrkräfte galt und als Interessensvertretung der deutschen Hochschullehrerschaft für die Wahrung der personalpolitischen Hochschulautonomie antrat, entsprachen auch Webers Anliegen, obwohl seine (freiberufliche) Tätigkeit zu dieser Zeit vor allem in der Forschung lag. Es sollte noch bis 1918 dauern, bis er (probeweise) in Wien wieder auf Katheder stieg, um schließlich 1919 in München noch einmal

eine volle, ordentliche Professur zu übernehmen. Das Thema des Zweiten Deutschen Hochschullehrertages war „Die Lehrfreiheit an den Universitäten“, das er vorab

in Leserschriften an die Frankfurter Zeitung diskutierte. Hier ergo es ihm vor allem um das Recht der Selbstrekrutierung der Professoren-schaft.

In Zeitungsberichten und Leserbriefen kämpfte Weber für die Freiheit der Wissenschaft.



**Robert Michels** **Der Fall Bernhard**  
(1876–1936) war

deutsch-italienischer  
Sozialwissenschaftler.  
Als Sozialdemokrat  
wurde ihm in Deutsch-  
land die Habilitation  
verweigert.

Anlass dazu bot der so genannte Fall Bernhard. Die Berufung des jungen Nationalökonomen Ludwig Bernhard durch den preußischen Kultusminister – gegen den Willen der Ordinarien sowie der gesamten philosophischen Fakultät – hatte in der Öffentlichkeit zu erheblichen Irritationen geführt. Doch Weber geißelte (in einer anonymen Zusage) nicht den vermeintlichen Regelverstoß des Kultusministers, sondern das Verhalten Bernhards. Dieser habe die Regeln des „Akademischen Anstands“ verletzt, da er sich vor seiner Berufung nicht des Vertrauens der Fakultät vergewissert habe. Weber sah in ihm einen neuen Typ von Hochschullehrern, der die Professur nicht mehr als eine akademische Ehre und Amt ansah, sondern als „Pfründe“, die er je nach Belieben für seine eigenen Zwecke nutzen zu können glaubte. Ein solcher Typus von „Geschäftsleuten“, so Weber, werde

**Arthur Salz**  
(1881–1963) gehörte  
zum Freundeskreis  
Webers, der ihn gegen  
einen Plagiatsvorwurf  
verteidigte.



ARCHIV

neuerdings von der preußischen Regierung gezüchtet. Mehr noch: Die Patronage von Berliner Professoren, die eine gute Beziehung zum Kultusministerium unterhielten, ginge damit Hand in Hand. Je mehr Patronage, desto weniger gelte der Sachverstand der Fachmänner und die Autorität der Fakultäten.

**Der Fall Robert Michels**

Ebenfalls in der *Frankfurter Zeitung* veröffentlichte Weber noch vor dem zweiten Hochschullehrertag in Jena seine Ansicht zum Tagesordnungspunkt: „Die Stellung des akademischen Lehrers zur Freiheit in Forschung und Lehre“. In seinen Artikeln ebenso wie in seinen drastischen Redebeiträgen auf der Tagung sprang er für den jüngeren, befreundeten Kollegen Robert Michels in die Bresche. Er stellte heraus, dass die Lehrfreiheit an deutschen Universitäten nicht nur von Seiten des „Klerikalismus“, wie viele seiner Kollegen meinten, gefährdet sei. Michels hatte 1906 von der Jenenser Fakultät eine abschlägige Antwort auf die Frage erhalten, ob er dort als Sozialdemokrat habilitiert werden könne.

Weber wurde nicht müde, in immer neuen Varianten seine Überzeugung darzulegen. Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre war seiner Ansicht nach nur gewährleistet, wenn die Zulassung zum und das Verbleiben auf dem Lehrstuhl an dieselben Bedingungen geknüpft seien. Die Universitäten sollten weder „staatsfeindliche noch staatsfreundliche noch irgendwelche

andere Ansichten oder irgendwelche Weltanschauungen“ lehren. Stattdessen sollten Tatsachen und deren reale Bedingungen, Gesetze, Zusammenhänge, Begriffe und logische Voraussetzungen analysiert werden. Die Studierenden konnten bei einem solchen Unterricht nur gewinnen. Sie gelangten, so Weber, zur gedanklichen Klarheit, nicht zuletzt auch über sich selbst. Immer wieder warnte Weber vor jeglicher weltanschaulichen Bindung der Universität. Universitätsgründungen mit weltanschaulicher Bindung, gleich welcher Richtung, betrachtete er als eine ernstzunehmende Gefahr.

**Der Hochschullehrer**

Im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen bildete Weber keine akademische Schule. Wie seinem Bruder Alfred fehlte auch ihm nicht der pädagogische Eros, doch sah er sich nicht als Lehrer. Max Webers Leidenschaft galt der Wissenschaft. Hierin sah er – wie aus dem Titel seines berühmten Aufsatzes *Wissenschaft als Beruf* hervorgeht – seine ureigene Berufung. Nicht nur am Ende seines Lebens, in seiner Münchener Zeit, empfand er die akademische Lehre – vor allem im Fach Nationalökonomie – und die damit verbundenen Prüfungsverpflichtungen und Fakultätssitzungen, als unzumutbare Belastung, die ihm vom eigentlichen, der soziologischen Forschung, abhielt. Er sah sich jedoch aus finanziellen und nicht zuletzt persönlichen Gründen zur erneuten Annahme eines Ordinariats in München gezwungen. Doch obwohl Webers Lehrtätigkeit nur wenige Jahre – von 1894 bis 1899 und von 1918 bis 1920 – dauerte, zeugen die Promotionsgutachten aus seiner Freiburger und Heidelberger Zeit von einem schnell wachsenden Schülerkreis. Aus Danksagungen in den Vorworten der gedruckten Heidelberger Doktorarbeiten geht hervor, dass

der Kreis der Doktoranden, die Weber zu selbständiger Forschung anregte, größer war, als es die Zahl der überlieferten Gutachten vermuten lässt. Viele von Webers Doktoranden waren schon berufstätig und schrieben ihre Doktorarbeit in ihrer Freizeit. Der briefliche Kontakt zu Max Weber riss auch darnach nicht ab.

Doch mehr als für seine Schüler setzte er sich für einzelne Personen ein, die ohne eigenes Verschulden unter Diskriminierungen zu leiden hatten – Frauen, Juden und Sozialisten. Voraussetzung seines Engagements war jedoch immer eine persönliche Beziehung, wie bei dem bereits erwähnten Sozialdemokraten Robert Michels. Zu erwähnen ist auch Arthur Salz, den Weber als Autor für das von ihm herausgegebene Handbuch *Grundriß der Sozialökonomik* gewonnen hatte. 1914 verteidigte Weber ihn bis an die Grenze der Betriebsblindheit gegen einen Plagiatsvorwurf. Als Hochschullehrer in München sprang Weber noch einmal für Salz in die Bresche, als dieser wegen angeblicher Unterstützung kommunistischer Terroristen angeklagt worden war. Dies hinderte Weber jedoch nicht daran, sich letztendlich, wenn auch indirekt, gegen Salzens Umhabilitierung an die Universität München auszusprechen.

In Freiburg zählte erstmalig auch eine Studentin zum Doktorandenkreis um Max Weber. Es war Else von Richthofen, die von 1897 bis 1898, noch vor der Zulassung der Frauen zur Immatrikulation an den Universitäten des Großherzogtum Badens im Jahre 1900, bei Weber als Gasthörerin Nationalökonomie studiert hatte. 1901 wurde sie in Heidelberg mit einer Arbeit *Über die historischen Wandlungen in der Stellung der autoritären Parteien zur Arbeiterschutzgesetzgebung und die Motive dieser Wandlungen* am 30. Juli 1900 promoviert. Max



**Else von Richthofen** verh. Jaffé (1874–1973) war Max Webers Doktorandin. Er verhalf ihr zu einer Anstellung als Fabrikinspektorin in Karlsruhe.

Weber musste sich zu diesem Zeitpunkt in Urach einer Kur unterziehen und konnte die Prüfung nicht abnehmen, setzte sich aber anschließend für eine Anstellung als badische Fabrikinspektorin ein. Dabei ging es ihm vor allem um dieses neu zu schaffende Amt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Weber hat auch Martin Offenbacher nicht promovieren können, obwohl er gerade diesem Doktoranden eine Arbeit über *Konfession und soziale Schichtung, eine Studie über die wirtschaftliche Lage der Katholiken und Protestanten in Baden* verdankte, die er im ersten Teil seines Werkes *Die Protestantische Ethik* ausgiebig zitierte. Besonders setzte sich Weber für Robert Liefmann ein, der aufgrund seiner jüdischen Herkunft Schwierigkeiten hatte,

sich zu habilitieren. Weber verhalf ihm zur Veröffentlichung seiner Arbeiten in den Schriften des Vereins für Socialpolitik und schrieb später noch Gutachten, als Liefmann eine Stelle als Hochschullehrer suchte. Weber entnahm die Themen für Doktorarbeiten nicht selten seinen eigenen Forschungsprojekten. Sein Bestreben, die Studierenden so weit wie möglich in den Forschungsprozess einzubeziehen, war seiner inneren „Berufung“, der Wissenschaft, geschuldet und erklärt seine Vorliebe für den seminaristischen Unterricht.

*Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der MWG-Arbeitsstelle Heidelberg.*

